

Salzburger

Ausgabe 01/2015

# Stimme

Stadtzeitung der KPÖ Salzburg

★ 70 JAHRE BEFREIUNG ★

**SOLIDARITÄT!**



FÜR UMVERTEILUNG ★ GEGEN WOHNUNGSNOT ★

DEMO SALZBURG

**1. MAI**

BAHNHOF 11:00 UHR

Sponsoring-Post Nr. 01/2015 Verlagspostamt: 5020 Salzburg, Zulassungsnummer: 02Z033905S, Postgebühren bar bezahlt

PdA • KJÖ • KSV • KPÖ • GLB • SLP • Internationaler ArbeiterInnenverein • Arge Wehrdienstverweigerung • Jusos •  
aks • VStÖ • Alevitische Kulturverein • Plattform Junge Bewegung Türkei • SISTERRESIST Radio • FSG • Solidaritätskomitee Salzburg Mexiko •  
Kurdischer Kulturverein Salzburg • PYD Salzburg • Haus der Kurden

## Demokratieforderungen der Salzburger KPÖ

Wie bereits mehrfach ausgeführt, ist die KPÖ Unterstützerin der Initiative „Salzburg für mehr Demokratie“.

Bürgermeister Schaden und die ÖVP wollen das bereits beschlossene „Salzburger Modell“ für BürgerInnenmitbestimmung wesentlich einschränken. Eine Übertragung von Aufgaben des Gemeinderats in ausgelagerte Unternehmen der Stadt Salzburg (wie etwa bei der Mönchsberggarage) darf nicht als Vorwand missbraucht werden, um demokratische Mitentscheidungs- und Kontrollrechte der Salzburgerinnen und Salzburger einzuschränken.

„Mehr Demokratie wagen durch mehr Mitbestimmung auf allen Ebenen“, das ist Teil des Kommunalprogramms der Salzburger KPÖ.

Wir fordern:

**Ehrenamtliche gewählte Stadtteilvertretungen** (wie etwa in Graz die Bezirksräte) mit eigenem Budget, die stadtteilbezogene Probleme wie Verkehrsmaßnahmen auch selber entscheiden können.

**Zumindest jährliche Stadtteilversammlungen**, in welchen diese Bezirksräte Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegen und bei denen die BewohnerInnen

aktiv einbezogen werden sollen bei der Äußerung aber auch der konkreten Umsetzung von stadtteilbezogenen Wünschen und Vorschlägen.

Die KPÖ tritt weiters dafür ein, dass **Bürgerbegehren** über Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs, die von zumindest drei Prozent der Wahlberechtigten der Stadt unterstützt werden, einer für Gemeinderat und Stadtregierung bindenden Abstimmung zu unterziehen sind.

## GLB übergibt Petition für 12-Stunden-Tag an Arbeiterkammer

Bei den Salzburger Arbeitnehmer/innen regt sich Widerstand gegen die Bestrebungen, den 12-Stunden Arbeitstag gesetzlich zu ermöglichen. Betriebsräte/innen, politische Gruppierungen und der GLB (Gewerkschaftlicher Linksblock) gründeten daher ein Aktionsbündnis. Innerhalb kurzer Zeit wurden mehr als 200 gesammelt. Sie wurden den Salzburger Arbeiterkammer-Präsidenten übergeben.

Die Unterzeichnenden fordern in einer Petition die Salzburger Arbeiterkammer auf, die Einführung des 12-

Stunden Arbeitstages mit allen Mitteln zu bekämpfen, Protestmaßnahmen zu unterstützen und zu organisieren.

Rosi Klinger, Betriebsrätin (GLB), bei der Übergabe der Petition: „Die Bekämpfung der höchsten Arbeitslosigkeit der zweiten Republik darf nicht durch die Ausdehnung der täglichen Maximalarbeitszeit, sondern muss durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich erfolgen. Dabei gilt es den Berg von jährlich rund 300 Millionen Überstunden, davon 70 Millionen unbezahlt oder ohne Zeitausgleich, abzu-

bauen. So könnten hunderttausenden Menschen, die derzeit arbeitslos sind, ein Vollzeitjob mit einer angemessenen Bezahlung verschafft werden.“

Die Antwort für die höchste Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten kann nicht in der Erhöhung der Maximalarbeitszeit auf 12-Stunden sein. Es muss ein Umdenken stattfinden, und nicht bei jeder Forderung der Arbeitnehmer in die Knie gegangen werden. Der 8-Studentag ist eine Errungenschaft der Arbeiterbewegung, er darf nicht aufgegeben werden.

## Salzburg: Hauptstadt der Wohnungsnot

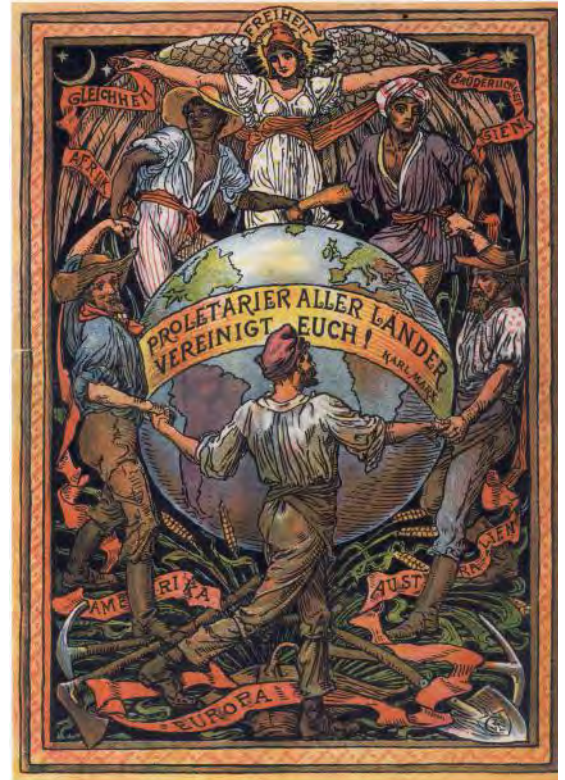
Im "Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg" (WLH) haben sich Organisationen der WLH und der psychosozialen Versorgung zusammengeschlossen, um für das Recht auf Wohnen einzutreten. Bei der Veranstaltung "Tag der Wohnungsnot" wiesen sie mit 1.500 auf einen neuen Höchststand von wohnungslosen Menschen in Salzburg hin, darunter mehr als 300 Kinder und Jugendliche. Das Forum betonte, dass ohne strukturelle Änderungen die Soziale Arbeit dauerhafte Lösungsmöglichkeiten verhindert. Dazu zählen eine verbindliche WLH-Planung, leistbares Wohnen und die Aktivierung von Leerstand.

Elke Kahr, Stadträtin in Graz, war als Expertin

eingeladen und präsentierte fortschrittliche Maßnahmen in ihrer Stadt, um Wohnungsnot zu bekämpfen. So betreibt die KPÖ in Graz einen Mieternotruf für die Beratung von MieterInnen. Immer wieder können so Notfälle, wie Delogierungen, abgewendet werden. Am Wohnungsamt ist ein Kautionsfonds eingerichtet, übersteigt die Miete einen hohen Anteil der Fixkosten, so können die GrazerInnen auch einen Mietzins-Zuschuss beantragen.

Graz arbeitet außerdem intensiv am Ausbau des Wohnungsbestands: seit 2004 wurden 1000 Wohnungen errichtet. Diese Steigerung "geht nicht ohne Gemeindewohnbau auf öffentlichem Grund und Boden", sagt Elke Kahr.

Die KPÖ Salzburg unterstützt die Forderungen des Forums WLH - z.B. nach Kontingentwohnungen in Salzburg, die für Menschen in sozialen Krisensituationen bereitstehen und welche die Sozialorganisationen selbst vergeben können.



"Solidarity of Labour" von Walter Crane, Maifestschrift 1897

### 15 Jahre Spekulationsobjekt

Die ehemaligen zwei ÖBB-Wohnhäuser in der Fanny-von-Lehnert – Straße stehen nun 15 Jahre leer.

Vor Jahren verkauft an einen Salzburger Investor, der damit offensichtlich spekuliert. Rund 50 Wohnungen wurden und werden den Wohnungsmarkt entzogen.

Die KPÖ fordert: Ende mit der Spekulation durch Besteuerung.

### Besteuerung von leerstehenden Wohnungen

Laut Statistik Austria sind 20% der Wohnungen in Salzburg nicht regulär genutzt. Zieht man die diversen Sondernutzungen, wie im Fremdenverkehr, ab, so bleiben noch tausende ungenutzte Wohnungen übrig. Im Jahr 2012 wurde von „rund 6000 leerstehenden Wohnungen in der Landeshauptstadt“ gesprochen (Stadtblatt 13./14.Juni 2012). Wenn nur ein Teil mobilisiert werden könnte, würden Hunderte Wohnungen zur Verfügung stehen. Die KPÖ fordert daher: die Erhebung über die Zahl leerstehender Wohnungen und deren Besteuerung.





Maifestnummer, Wien 1904

WohnungsnehmerInnen beim Kauf von Eigentumswohnungen keine Fremdmittel benötigen. Die Einkommensgrenzen wurden um 15 Prozent angehoben. So gelten nun viele Personen als förderwürdig, die es im Grunde nicht nötig haben – das stützt die hohen Preise und Kapitalstarke. Beantragt eine alleinstehende Person eine Förderung, so darf sie ein monatliches Netto-Haushaltseinkommen (zwölfmal) von bis zu 2.990 Euro beziehen. Bei zwei Personen beträgt die Einkommensgrenze 4.600 Euro, bei vier Personen gar 5520 Euro.

Als förderwürdig gelten auch Wohnungen mit Kaufpreisen in der eineinhalbfachen Höhe des Grenzwerts. Konkret werden Eigentumswohnungen gefördert, deren Kaufpreis bis zu 4.000 Euro pro Quadratmeter in der Stadt Salzburg beträgt. Der Grenzwert liegt bei Wohnungen in den anderen Bezirken zwischen 3.750 und 3.250 Euro. Pro Quadratmeter schießt das Land 450 Euro zu plus allfällige Zuschläge. Die Durchschnittskaufpreise für Eigentumswohnungen liegen im Salzburg Land bei 3531 Euro. In Salzburg Stadt betragen die Quadratmeter-

Preise zwischen 4797 Euro (für 50 Quadratmeter), 4979 Euro (bei 80 Quadratmeter), 5396 bei (130 Quadratmeter). (Zahlen laut online-Standard) Selbst wenn sich der Quadratmeter-Preis auf bis zu 6.000 Euro beläuft, werden Eigentumswohnungen oder Häuser mit Abschlägen gefördert.

Der Soziale Wohnbau verkehrt sich somit in Luxus-Subvention und lässt die Mieten steigen. Das ist eine klare Umverteilung von unten nach oben. Die Banken rühren bereits lautstark die Werbetrommel und wittern zu Recht das große Geschäft.

## Wohnbauförderung neu:

### Land verkehrt sozialen Wohnbau in Luxus-Subvention und Bankenhilfe

Das Land halbiert die bisherige Förderung von 280 Mio. auf 140 Mio. Euro, weil sie rund 80 Prozent ihrer Mittel abzieht. Das Land reduziert die Förderungen nicht nur drastisch, sondern entkoppelt diese von ihrer sozialen Zielsetzung des leistbaren Wohnens. Mieten wird empfindlich teurer, das Land befeuert Immobilienpreise durch hohe Einkommens- und Fördergrenzen beim Eigentum.

Das neue Modell büßt seine soziale Treffsicherheit vor allem deshalb ein, weil es Eigentum auf unverhältnismäßige Weise fördert. Zuschüsse werden auch gewährt, wenn

## Neue Wohnbauförderung bedeutet Aus für Sozialen Wohnbau

### Öffentliche Gelder subventionieren hohes Preisniveau

Eine Öffnung für gewerbliche Bauträger trägt zu höherem Preisdruck aber nicht zu mehr Wohnungen bei. Die Wohnkosten werden deutlich ansteigen. Das Zuschussmodell und die Öffnung für private Anbieter kommen einer Umverteilung nach oben gleich.

Diese Politik schont das Vermögen der KapitaleignerInnen, Banken streichen die Profite ein.

### Land schreibt Wohnungsnot fort

Der langfristiger Aufbau und Sicherung von leistbarem Wohnraum ist damit in weite Ferne gerückt. Die Wohnbau-

genossenschaften warnen vor einem Einmaleffekt in der Weise, „dass eine ausschließlich auf nicht rückzahlbaren Zuschüssen aufgebaute Wohnbauförderung zwar kurzfristig geringere jährliche Mittel benötigt, hinsichtlich ihrer Eigenfinanzierungskraft aber nicht nachhaltig ist.“ (gswb, Die Salzburg, Bergland und Salzburg Wohnbau in der Stellungnahme zum Gesetzesentwurf). Gerade die Einführung des Zuschussmodells in der Steiermark zeigt, dass sich die Wohnbauleistung von 2000 auf 500 Wohnungen pro Jahr senkte.

### Wirklich Förderwürdige bleiben auf der Strecke

Finanzielle Risiken federt nicht der Kreditgeber Land ab, sondern wird auf die KreditnehmerInnen

abgewälzt. Nun vergeben ausschließlich Banken Wohnbaukredite, die nicht auf soziale Notlagen wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit Rücksicht nehmen – das Armutsrisiko aufgrund von Wohnen steigt.

Hinzu kommt, dass die Unsicherheit aufgrund der Abhängigkeit von den Finanzmärkten zunimmt, schließlich ist das niedrige Zinsniveau kein dauerhafter Zustand. Nach Ablauf der Förderdauer von 25 Jahren tragen die MieterInnen das volle Risiko für Zinsänderungen, erneute Finanzkrisen treffen die Menschen stärker als bisher.

### Die KPÖ Salzburg setzt sich ein:

gegen die Zertrümmerung des Wohnaufonds durch die schwarz-grüne Landesregierung,

für einen verstärkten Bau von Mietwohnungen im Rahmen der Wohnbauförderung,

für eine generelle Einführung von gesetzlichen Mietzinsobergrenzen.

## Globaler Aktionstag gegen TTIP am 18. April

Seit Bekanntwerden der geheim geführten Verhandlungen der EU mit Kanada (CETA) den USA (TTIP) und mit 50 anderen Staaten (TiSA) zeigt sich immer deutlicher, was hier zugunsten der Erhöhung der Profite des Kapitals geschaffen werden soll, nämlich unter anderem:

- Investorenschutz, der es dem Kapital erlaubt, für seine Profitinteressen Staaten für deren Politik vor privaten Schiedsgerichten zu verklagen
- Gefährdung von regionaler Wirtschaft und Lebensmittelstandards
- Qualitätsverlust in öffentlicher Grundvorsorge zugunsten von Privatisierung
- Einschränkungen im Gesundheits- und ArbeitnehmerInnenschutz

Wehren wir uns gemeinsam!

Über 1,5 Millionen Menschen in der EU haben bereits die Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA unterzeichnet.

Online unterschreiben unter : [www.stop-ttip.org/de/](http://www.stop-ttip.org/de/)



## Für die Umwidmung des Europark

Die Salzburger KPÖ spricht sich klar für die angestrebte Umwidmung von bereits bestehenden Lager- in Verkaufsflächen im Salzburger Europark aus.

Mit dieser Umwidmung werden nicht nur Arbeitsplätze erhalten,

sondern bis zu 300 neue geschaffen. Gerade in der jetzigen Situation am Salzburger Arbeitsmarkt ist eine derartige Maßnahme dringend notwendig.

Der Skandal dabei ist, dass seit nunmehr vier Jahren das Land keine Entscheidung trifft

und damit der sogenannte „Wirtschaft“, besonders in Gestalt der „Innenstadtgeschäftsleute“ die Mauer macht.



## Diskussionsveranstaltung: Feindbild Griechenland ?!

Welche Handlungsspielräume hat die jetzige Syriza-Regierung (überhaupt noch) gegen die Macht der internationalen Großbanken ? Haften nur die Griechen oder wir alle für die herrschende Politik in Europa. Was für Alternativen gibt es (noch) ?

Diskussion mit **Katerina Anstasiou (Vertreterin von Syriza)** am Freitag, 24. April, 19:00 Uhr, im Volksheim, Elisabethstr. 11, 5020 Salzburg



**KZ-Verband/VdA**  
Bundesverband österreichischer AntifaschistInnen,  
WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus



## Gedenken an Michael Chartschenko

Das Personenkomitee Stolpersteine, die Israelitische Kultusgemeinde und der KZ-Verband Salzburg gedenken dem Ukrainer Michael Chartschenko als letztes Opfer des NS-Regimes in Salzburg. Der Dachau-Häftling wurde am 4. Mai 1945, kurz bevor die US-Amerikaner Salzburg befreiten, von der SS im Volksgarten ermordet. Einer der ersten Stolpersteine ist ihm gewidmet.

am 4. Mai 2015, 18.30 Uhr, Volksgarten – beim Stolperstein an der Hundertwasser-Allee

## Befreiungsfeier von KZ-Verband und Stadt Salzburg

**Anlässlich von 70 Jahre Befreiung wird KZ-Verband-Grab offiziell zum Ehrengrab erklärt**

Karl Schallmoser, Rudolf Smolik, Anton Schubert, Heinrich Auer, Franz Pöttinger und Josef Wartinger wurden zwischen April und Juli 1943 in München-Stadlheim ermordet und am Kommunalfriedhof begraben. Auf Initiative des KZ-Verbands Salzburg erklärte die Stadt Salzburg das Sammelgrab der sechs Widerstandskämpfer nun zum Ehrengrab.

Zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus wird ihre letzte Ruhestätte am 8. Mai offiziell zum Ehrengrab der Stadt Salzburg erklärt. Zu diesem Anlass gestaltet der KZ-Verband Salzburg zusammen mit der Stadt eine große Befreiungsfeier am Kommunalfriedhof, zu der das Personenkomitee Stolpersteine und andere Opferverbände eingeladen werden. Eine Plakat-Aktion, die Portraits der elf Widerstandskämpfer zeigt und sichtbar macht, wird das Ereignis begleiten. Bürgermeister Heinz Schaden und der Verband werden eine Rede halten. Künstlerisch umrahmt wird die Feierlichkeit von Liedern des Demokratischen Chor Braunau und von Lesungen eines Abschiedsbriefen und Urteilen. 300 rote Nelken stehen für die TeilnehmerInnen des Gedenkens zur Verfügung.

am 8. Mai 2015, 16 Uhr, am Kommunalfriedhof Salzburg

## Autobahn- anschluss Hagenau

Im April 2015 wird der Autobahn-Halbanschluss Hagenau gebaut. Obwohl die Anrainer in Bergheim und Salzburg-Itzling (Schillerstraße) dagegen waren, wird das Projekt nach 20-jähriger Planung durchgezogen. Ob durch diesen Anschluss tatsächlich der Verkehr in der Stadt entlastet wird ist umstritten.

Die KPÖ war und ist gegen diese Verkehrsmaßnahme, da sie nur mehr Individualverkehr anzieht. Das Geld wäre besser in den Ausbau des öffentlichen Verkehr ( Lokalbahn) investiert worden.

## Statt Millionenstudie zur Lokalbahnverlängerung - KPÖ fordert Verlängerung bis zum „Mirabell“!

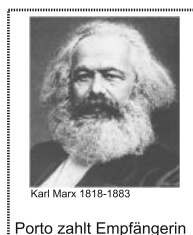
Seit 1981 wird die Verlängerung der Lokalbahn, vorzugsweise unterirdisch durch die Stadt nach Süden bis Hallein diskutiert.- Dazu gibt es eine Unzahl an Studien, welche immer wieder die Sinnhaftigkeit bzw. Rentabilität des Projekts bestätigen. Der politische Wille zur Umsetzung fehlt.

Die nun neuste Studie zum Thema kostet der öffentlichen Hand samt EU wiederum 1,1 Millionen, ohne dass –entgegen der Euphorie von Landesrat Mayr-konkrete Ergebnisse zu erwarten sind. Allein die Planungskosten des Projekts würden 30 bis 40 Millionen verschlingen, dies bei einer völlig ungeklärten finanziellen Beteiligung durch den Bund und einem durch Spekulationsgeschäfte finanziell angeschlagenem Land Salzburg. Das wachsende Verkehrschaos im Großraum Salzburg kann aber nicht warten!

Die Salzburger KPÖ fordert daher –anstatt weiterhin Luftprojekten nachzuhängen- weiterhin als ersten konkreten Schritt die unterirdische Verlängerung der Lokalbahn bis zum Mirabellplatz. Nach Schätzung der Landesregierung werden für Bau samt Planung ca. vier Jahre und 120 Millionen an Kosten veranschlagt, ca. 50% davon wird der Bund tragen. Zum Vergleich: allein die Kosten der (Straßen-)Umfahrung Henndorf betragen damals 73 Millionen.

### Ich möchte:

- mit Euch in Kontakt treten
- Informationen über die KPÖ
- Mitglied der KPÖ Salzburg werden
- die Salzburger Kommunalpolitik mitgestalten



Name

an die

Adresse

**KPÖ Salzburg  
Elisabethstr. 11  
5020 Salzburg**

PLZ/Ort

Telefon

Tel/(Fax): 0662(872244(4)

E-Mail

E-Mail: salzburg@kpoe.at

Web: www.kpoe-salzburg.at

### Webtipps:

www.redglobe.de  
www.kpoe.at  
www.kpoe-salzburg.at  
www.facebook.com/kpoe.salzburg  
www.glb.at  
www.dkp-online.de/uz  
www.kpoe-steiermark.at

### Impressum:

Kommunistische Partei  
Österreichs, Bezirksleitung  
Salzburg Stadt; Elisabethstr. 11,  
5020 Salzburg, E-Mail:  
sekretariat@kpoe-salzburg.at